

Heye kämpft gegen Zwangspfand: „3000 Arbeitsplätze sind bedroht“ **Heye-Glas schlägt Änderung der Novelle vor: Befreiung bei hoher Recyclingquote**

Von Frank Werner

Obernkirchen. Wenige Wochen vor der Bundesrats-Entscheidung versucht Heye-Glas, eine Änderung der Novelle der Verpackungsverordnung zu erreichen. Glas soll nicht mit einem Zwangspfand belegt werden, forderten Geschäftsführer Brendan Gorey und Vertriebsdirektor Claus Trube am Montag in einem Gespräch mit unserer Zeitung.

Zuvor hatten die Heye-Spitzen gegenüber heimischer Polit-Prominenz für eine Änderung der Novelle geworben – mit Erfolg: Die drei Landtagsabgeordneten Heiner Bartling (SPD), Joachim Runkel (CDU) und Ursula Helmhold (Grüne) wollen die Botschaft aus der Bergstadt in einem gemeinsamen Brief an die Landesregierung weitertragen.

Heye-Glas befürchtet dramatische Umsatzeinbrüche in der Behälterglas-Industrie. Die Ausweitung des Zwangspfandes (siehe „Zur Sache“) würde in der Glas- und Fruchtsaftindustrie rund 3000 Arbeitsplätze kosten, rechnete Vertriebschef Trube den eingeladenen Politikern vor. Allein an niedersächsischen Behälterglas-Standorten würden durch das Pflichtpfand und dessen Ausweitung 400 Arbeitsplätze verloren gehen.

Trotz der Einführung des Zwangspfandes zum 1. Januar dieses Jahres sieht die Auftragslage in Obernkirchen derzeit aber nicht besorgniserregend aus. Trube räumte ein, dass auch Heye von Zuwächsen im Mehrweg-Bereich profitiere. Der Umsatz im ersten Halbjahr habe mindestens das Niveau des Vorjahres erreicht.

Allerdings sei dies eine „Sonderkonjunktur“, die nur in der Umstellungsphase zu erwarten sei: „Das ist das Glück der Stunde – in zwei bis drei Monaten ist dieser Effekt vorbei.“ Langfristig, wenn die Sättigungsgrenze bei Mehrwegflaschen erreicht sei und nur noch Ersatz bestellt werde, geht Trube von einer spürbar sinkenden Nachfrage des Handels nach Glasflaschen aus.

Der Vertriebschef prognostiziert, dass die deutsche Behälterglas-Produktion durch Zwangspfand und Novelle um 18 Prozent (700 000 Tonnen) schrumpfen wird. 370 MillionenEuro investiertes Kapital würden damit vernichtet. Überdies werde das Glas-Recycling zerschlagen. Der Standort Deutschland sei klar im Nachteil: „Die Novelle schränkt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Behälterglasindustrie ein.“

Auf heftige Kritik stößt bei Heye außerdem, dass KartonVerpackungen bevorteilt würden, was auch ökologisch im Sinne der Müllvermeidung nicht sinnvoll sei. Bei Fruchtgetränken werde die Mehrwegabfüllung zugunsten der pfandfreien Kartons „dramatisch zurückgehen“, prophezeite Trube. Glasverpackungen hingegen würden bestraft, obwohl diese gesundheitlich am unbedenklichsten seien. Jede PET-Verpackung trage zur „chemikalischen Überdosis“ bei, mit der Menschen täglich konfrontiert würden, warnte Geschäftsführer Brendan Gorey.

Der Vorschlag des Behälterglas-Produzenten: Ein Zwangspfand soll erhoben werden, aber nach anderen Kriterien. Nicht die Mehrwegquote sei entscheidend, sondern die Recyclingquote. Heye fordert, dass Verpackungen, die zu mindestens 80 Prozent „einer hochwertigen stofflichen Verwertung“ zugeführt werden, vom Zwangspfand befreit werden. Bei Glas liege die Wiederverwertungsquote derzeit bei über 80 Prozent.

Bartling und Runkel sicherten Heye spontan Unterstützung zu, Helmhold zeigte ebenfalls Verständnis für die Probleme, meldete aber Beratungsbedarf in der Fraktion an. Alle drei Landtagsabgeordneten wollen den Vorschlag von Landrat Heinz-Gerhard Schöttelndreier aufgreifen, und gemeinsam einen Brief an Ministerpräsident Christian Wulff verfassen.

© Schaumburger Zeitung, 03.09.2003